

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Postenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Postenlohn 2 Mk.
Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Kellern 30 Pf.

Dienstdauer des Eisenbahn-Betriebspersonals.

In einem Erlaß des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten vom 26. September d. Jz. wird den künftigen Eisenbahndirektionen und den Vorständen der Eisenbahnbetriebs- und Maschineninspektionen die strenge Beachtung der Vorschriften über die tägliche Dienstdauer des Betriebspersonals wiederholt eingeschärft und gleichzeitig auf Folgendes noch besonders aufmerksam gemacht:

1. Durch den Erlaß vom 31. Januar 1896 ist den künftigen Eisenbahndirektionen aufgegeben worden, festzustellen und zu berichten, ob die erwähnten Vorschriften überall durchgeführt, oder ob noch Abweichungen zugelassen waren. Die Berichte ergaben, daß die Vorschriften im ganzen Staatsbahnbereich im Wesentlichen durchgeführt waren, und nur in Einzelfällen noch Abweichungen bestanden. Durch Erlaß vom 15. Mai 1896 ist den künftigen Eisenbahndirektionen, soweit sie auf Aufhebung der Abweichungen gerichtet waren, überall zugestimmt, zugleich aber auch bestimmt worden, daß die weiteren Abweichungen, obwohl ihre Beibehaltung für unbedenklich bezeichnet war, spätestens mit dem Beginn des Winterfahrplanes 1896/97 beseitigt werden sollten. Der Minister vertraut, daß diese Weisung überall befolgt worden ist, und daß in der Zwischenzeit keinerlei Abweichungen zugelassen sind. Sollte es dennoch geschehen sein, so wird die unverzügliche Abstellung erwartet. Nur für den Bereich der ehemaligen heftigen Ludwigsbahn ist eine allmähliche Durchführung der Vorschriften mit Rücksicht darauf zugelassen, daß, wie festgestellt ist, vorchristlich ausgebildete Kräfte in der erforderlichen Anzahl weder bei der Übernahme des Unternehmens vorhanden waren, noch in der Zwischenzeit herangezogen werden konnten. Die künftige preussische und großherzoglich heftige Eisenbahndirektion in Mainz sollte auf die alsbaldige Ausbildung der zur Durchführung der Vorschriften benötigten Kräfte mit allem Nachdruck hinarbeiten.

2. Durch den Erlaß vom 4. März 1896 sind die Dienstvorschriften, Inspektionsvorschriften und Direktionsmitteilungen angewiesen worden, dafür zu sorgen, daß zur Befriedigung des den regelmäßigen Betrieb übernehmenden Bedarfs stets eine ausreichende Anzahl von solchen Auszubildenden bereit gehalten wird, welche in Bezug auf die Ausbildung den Befähigungsvorschriften des Bundesrats voll entsprechen. Es ist darin ferner darauf aufmerksam gemacht, daß auch in diesen Fällen die vom Bundesrat vorgeschriebene Probezeit vollständig zu beenden und außerdem vom Inspektionsvorstande persönlich festgestellt sein muß, daß die Auszubildenden für diejenigen Dienstleistungen, welche ihnen aufgetragen werden sollen, die vorgeschriebene Befähigung besitzen. Zeugnisse der Dienstvorschriften sind für diesen Zweck nicht ausreichend. Welche Feststellung für die ausübende Zulassung zum Hilfsbediensteten erforderlich ist, bestimmt der Erlaß vom 2. Dezember 1896. Auch diese Feststellung obliegt dem Inspektionsvorstande persönlich.

3. Wie durch den Erlaß vom 24. August 1891 bekannt gegeben ist, war in einem Einzelfalle die Ueberbürdung eines Hilfsbediensteten darauf zurückzuführen, daß er während der ihm gewährten Ruhezeit eine Beschäftigung bei einer anderen Dienststelle nachgesucht und gefunden hatte. Aus dieser Veranlassung wurde den Dienstvorschriften die Verpflichtung auferlegt, in Fällen der zeitweiligen Heranziehung von Personal aus anderen Dienststellen jedesmal sich davon zu überzeugen, daß durch die weitere Verwendung des Bediensteten, unter Einrechnung der bereits stattgefundenen Beschäftigung, die zulässige Dienstdauer nicht überschritten wird. Auch diese Vorschrift wird mit dem Bemerkten in Erinnerung gebracht, daß Zuwiderhandlungen der Dienstvorschriften unmissverständlich zu bestrafen sind. Der Minister spricht schließlich die bestimmte Erwartung aus, daß er nicht in die Lage komme, Verstöße gegen die erlassenen Anordnungen zu rügen.

Aus dem Reiche.

In Gegenwart der Kaiserin Friedrich und der Prinzessin Christian von Schleswig-Holstein sowie der Erbprinzeßin von Meiningen und der Epigen der Provinzialbehörden fand gestern in Kronberg die feierliche Einweihung der restaurierten evangelischen Stadtkirche statt. — Die Einweihung der **Kanadafestkirche in Soltan**, welche wegen der traurigen Katastrophe des Torpedoboots S 26 aufgeschoben wurde, wird nunmehr am nächsten Sonntag vorgenommen werden. Als Vertreter des Kaisers wird Prinz Heinrich der Feier beiwohnen. — In Pr.-Holland wurde gestern anlässlich der hundertjährigen Jubelfeier durch den Regierungspräsidenten von Tschadowitz das **Denkmal Kaiser Wilhelms I.** enthüllt, dessen Schöpfer Professor Peter in Berlin ist. Ein großartiger Festzug bewegte sich durch die in herrlichem Festkleide prangende Stadt. An den Kaiser und Kaiserin wurden anlässlich der Jubelfeier Kundgebungstelegramme abgeleitet. — Wie die „D. Versicherungszg.“ hört, ist ein deutscher **Reichs-Versicherungsgesetzentwurf** vollendet und wird in der ersten Oktoberwoche zur Begutachtung an die Mitglieder des Versicherungsausschusses überliefert werden. Es soll eine amtliche Veröffentlichung des Entwurfs erfolgen. — Von der Lübecker Handelskammer geht dem „Lüb. Anzeiger“ nachstehende Mitteilung aus: „Die 3. Sitzungsnachricht zufolge hat jetzt aus einer Umfrage des preussischen Handelsministeriums die Ansicht ergeben, daß frische, leicht gefärbte **Seerlinge** fortan als gefälschte Seerlinge und daher einem Verpackung anzuführen sind.“ Die Stadt Vagen wird ein **wertvolles Geschenk** erhalten. Die Stadtgärtnergesellschaft hat beschlossen, der Stadtverwaltung den durch seine hervorragende Schönheit weit hin bekannten Stadtpark, dessen Grundkomplex einen Wert von mehr als 600 000 Mark darstellt, unentgeltlich zu überlassen. Die Stadt beabsichtigt in dem Stadtpark die Errichtung einer für die größten Festlichkeiten berechneten Halle, deren Borchseile für Hagen nicht zu unterschätzen sind. — Der Chemnitzer Stadtrat hat nach dem Antrage der Stadtverordneten beschlossen, künftig auf städtischen Bäumen, bei Erdarbeiten zc. **erziehlichen Arbeitern** keine Beschäftigung zu geben. — Die Zentral-Notierungsstelle der preussischen Landwirtschaftskammern hatte den rheinischen landwirtschaftlichen Verein aufgefordert, sich an den bekannten **Getreidepreis-Notierungen** zu beteiligen. In seiner letzten Sitzung hat nun der Zentralvorstand des landwirtschaftlichen Vereins dies abgelehnt, theils wegen der auf etwa 16—18 000 Mark veranschlagten Kosten, theils aber auch, weil die Notierungen für die rheinische Landwirtschaft wertlos oder sogar schädlich seien.

Deutschland.

Berlin, 30. September. Wie aus Kurland gemeldet wird, sind die Leichen der mit dem Torpedoboot „S 26“ untergegangenen bis auf eine geborgen und gegen 5 Uhr Nachmittags gelandet. Dieselben wurden in feierlichem Zuge, in welchem sich der Großherzog Friedrich August von Oldenburg sowie die Herzöge Adolf Friedrich und Heinrich von Mecklenburg-Schwerin, Offiziere und Mannschaften befanden, nach der Kaiserin überführt, in welcher eine Trauerfeier stattfand.

— Der „Darmstäd. Ztg.“ zufolge wird das russische Kaiserpaar mit den Großfürstinnen Olga und Tatjana am Sonnabend, 2. Oktober, in Darmstadt eintreffen.

— Die ultramontane „Königliche Volksztg.“ nimmt in entschiedener Weise gegen den Trübsichigen Gesamtplan, speziell gegen die Erhebung der hohen Marineforderungen für sieben Jahre, Stellung. Von einem derartigen Septennat könne keine Rede sein, diese Forderung wäre ein Angriff auf das Staatsrecht des Reichstages, den dieser entschieden zurückweisen werde. Der jetzige Reichstag werde den Bewilligungen des neuen Reichstages für Schiffenbauten in keiner Weise vorgehen. Der Reichstag müsse der jetzigen Lage, insbesondere der Finanzlage, Rechnung tragen. Wie diese sich für die nächsten Jahre gestalten, lasse sich heute nicht ersehen. Für den Reichstag sei die Mäßigkeit auf die finanzielle Leistungsfähigkeit in ganz anderer Weise maßgebend als für die verbundenen Regierungen, wenn es sich um militärische Anforderungen handle.

— Der in Eriant abgehaltene nationalsoziale Delegiertenkongress hat folgenden Antrag angenommen:

„1. Wir halten, unter gleichmäßiger Abrechnung sozialdemokratischer Neutralität und gegenwärtiger Schwärze, eine kräftige Genossenschaftsbildung für ein Hauptförderungs-mittel der von uns erstrebten schichtenweisen Emporenentwicklung aller Volksgenossen und zugleich für eine ethisch bedeutsame Macht zur Pflege sozialer Gesinnung. 2. Wir unterstützen demgemäß jede geschichtlich bewährte (alte) oder praktische (neue) Form der Genossenschaftsbildung in Stadt und Land und machen es unseren Genossenschaftsgenossen zur Pflicht, sich auf den bereits vorhandenen Genossenschaftsgebieten eifrig zu betheiligen. 3. Wir sehen in starken politischen und beruflichen Organisationen notwendige Ergänzungen aller Genossenschaftsbildungen. 4. Wir erstreben Fernhaltung parteipolitischer und religiöser Gesichtspunkte aus den Genossenschaften. 5. Wir verlangen für alle lebensfähigen Genossenschaften, soweit Bedürfnis vorhanden ist, thätigste Unterstützung des Staates und der Gemeinden, unbeschadet der genossenschaftlichen Grundzüge der Selbsthilfe und der Selbstverwaltung. 6. Von den zur Zeit in Betracht kommenden Genossenschaftszweigen halten wir die ländlichen Genossenschaften für die aussichtsreichsten. Sie wollen wir daher in erster Linie thätigst unterstützen und nach unseren besten Kräften überall ausbreiten und ausbauen — ohne Rücksicht auf die vorläufig noch verschiedenen Strömungen in ihnen. Nächstdem verdienen die Arbeitergenossenschaften und die Bauerngenossenschaften unsere kräftigste Mitarbeit. Wir werden dabei stets für möglichst freie Bewegungsfreiheit und weitgehendes staatliches und kommunales Entgegenkommen eintreten und alle gesetzlichen und verwaltungsrechtlichen Bestimmungen bekämpfen, die die jetzigen erfreulichen Anfänge dieser Genossenschaftsarten bedrohen. Bei den Bauerngenossenschaften bevorzugen wir diejenigen, die ein dauerndes genossenschaftliches Eigentum für alle Mitglieder erstreben. Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Kreditvereine, Rohstoff-, Magazin- und Werkzeuggenossenschaften) sehen wir als kräftige Hilfsorganisationen für einen größeren Kreis ländlicher Besitzer und tüchtiger Handwerker und Kleinfabrikanten an, die unsere Unterstützung da, wo sie einmal bestehen oder mit sicherem Erfolg ins Leben zu rufen sind, verdienen. Die Produktivgenossenschaften halten wir unter den gegenwärtigen Wirtschaftsförderung für so wenig aussichtsreich, daß wir nur in ganz besonders günstigen Einzelfällen unseren Freunden eine Beihilfe und Unterstützung dieser Art von Genossenschaften empfehlen können. Die Siedelungsgenossenschaften sind noch so wenig praktisch erprobt, daß wir uns zur Zeit außer Stande sehen, von ihnen wegen Stellung zu ihnen zu nehmen. Wir werden jedoch jeden praktischen Versuch nach dieser Richtung hin als wünschenswert begrüßen.“

In Betreff der Erhaltung des Kleinbauernstandes wurde der Vorstand ermächtigt, eine Kommission von Sachverständigen einzuladen, welche der nächsten Versammlung Vorschläge zu machen hat.

— Aus Lehrertreisen wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben: Die Stärke der Volksschulklassen ist auch in den meisten größeren Städten noch recht bedeutend. Berlin hat in dieser Beziehung eine mittlere Stellung. Die durchschnittliche Stärke der Klassen betrug hier 1894—95 in den Siedelschulen 52,9 und in den Mädchenschulen 53,4 Kinder. Eine Reihe von Städten hat schwächere Schulklassen. Unter 50 bleibt die Kinderzahl in

den Klassen in Braunschweig, Chemnitz, Dresden, Erfurt, Frankfurt a. M., Freiburg i. B., Hamburg, Lübeck, Mannheim, Metz, Nürnberg, Plauen, Stuttgart und Wismar. Dagegen ging die Kinderzahl über 60 hinaus in Altona, Barmen, Bochum, Krefeld, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Köln, Königsberg und Leipzig. Die stärkste Besetzung haben die Volksschulen in den großen rheinischen Städten. In Duisburg haben die gemischten Schulen 68,3, in Essen die Mädchenschulen 70,9 und in Bochum die Knabenschulen 67,7 Kinder durchschnittlich in jeder Klasse. Für preussische Schulverhältnisse ist es kennzeichnend, daß sich unter den Städten mit schwachbesetzten Schulklassen nur zwei preussische Gemeinden (Frankfurt a. M. und Erfurt) finden.

— Die mancherlei Nachrichten über die Vorbereitung von Postreformen (s. s. 1. Sp.) allmählich wieder in nichts auf. So schreibt die „Deutsche Verkehrsztg.“: „Von einer Konferenz höherer Postbeamten zur Verabreichung von Personalreformen in der Postverwaltung, welche in der ersten Hälfte des künftigen Monats zusammenzutreten soll, ist jetzt in den Tagesblättern vielfach die Rede. Diese Mitteilung muß auf einem Mißverständnis beruhen. Auf Anfrage bei einer Stelle, die wir für unterrichtet halten müssen, ist uns mitgeteilt worden, daß von der Absicht, zu dem erwähnten Zweck oder Zeitpunkt eine Konferenz einzuberufen, nichts bekannt sei.“

Meiningen, 29. September. Ergebnisse der Landtagswahlen: Gewählt wurden in Pörsdorf Kommerzienrath Berger, in Hildburghausen Landrath von Türr, in Sonneberg-Stadt der bisherige Abgeordnete, der Sozialdemokrat Wehder, in Sonneberg-Land der Sozialdemokrat Wächter, in Salzungen der Sozialdemokrat Gerdert, in Meiningen der Brauereibesitzer Zeis (wieder), in Gräfenthal der Sozialdemokrat Jocher. In Saalfeld erhielten Amtsgeschäftsrath Trinks 884, der Sozialdemokrat Hofmann 859. Die Wahl von Trinks ist sicher, da nur noch das Ergebnis der Wahl in einem Dorfe fehlt. In Kumburg und Kranichfeld scheint die Wiederwahl des Amtsgeschäftsraths Krause sicher zu sein, in Schalkau ist Fabrikbesitzer Georgii wiedergewählt. Die Sozialdemokraten haben gewonnen Sonneberg-Land, Salzungen und Gräfenthal.

Oesterreich-Ungarn.

Pest, 29. September. Der König und die Königin von Rumänien besichtigten heute Vormittag die Landesbildergalerie, wobei Kaiser Franz Josef die Königin führte. Das Frühstück wurde im Offizierskino eingenommen, wo das Offizierskorps des Infanterie-Regiments Nr. 6 König Karol I. sich versammelt hatte. Der König von Rumänien brachte folgenden Trinkspruch aus: „Als Inhaber des 6. Infanterie-Regiments habe ich es für die erste Soldatenpflicht meines Lebens, mein Glas auf das Wohl des Allerhöchsten Kriegsherrn, Sr. Majestät des Kaisers und Königs, zu erheben. Seine Majestät der Kaiser und Königin lebe hoch! hoch! hoch!“ Die Musikkapelle intonierte die Volkshymnen. Oberst Michalko brachte einen Trinkspruch auf den König von Rumänien aus. Am Nachmittag besichtigte das rumänische Königspaar das Parlamentsgebäude und den Parlklub. Abends 6 Uhr fand im großen Saale der Hofburg Galatanzel statt. An der Spitze der Tafel hatte die Königin Elisabeth von Rumänien Platz genommen, zu ihrer Rechten Kaiser Franz Josef, zu ihrer Linken die Erzherzogin Maria. Rechts folgten sodann Großfürst Boris von Rußland, Erzherzog Josef und der Fürstprimas Szaszary, während zur Linken der Erzherzogin Maria König Karol von Rumänien, die Erzherzogin Stotilde, der Erzherzog Otto und Kardinal Schönbach saßen. An der Tafel nahmen ferner Theil das rumänische Gefolge, der rumänische Gesandte Ghita, sämtliche ungarische Minister mit ihren Damen, Graf Solowjowski nebst Gemahlin, die Präsidenten des ungarischen Magnatenhauses und Abgeordnetenhaus, die obersten Hofbeamten und die Epigen der Zivil- und Militärbehörden. Kaiser Franz Josef und König Karol brachten Trinksprüche aus. Gleichzeitig fand eine Marschalltanzel statt. Der Hofmarschall in Ungarn Graf Ludwig Apponyi erhielt das Großkreuz des rumänischen Kronenordens, der erste Stallmeister Graf Kinsky das Kommandeurenzeichen des rumänischen Sternordens. Am Abend reiste das Königspaar ab. Zur Abreise hatte sich das Publikum in geringerer Zahl eingefunden als zum Einzug. Die Begrüßung war diesmal achtungsvoll, aber ohne alle Wärme; inzwischen hatte man eben Kenntnis erhalten, wie abnehmend die rumänische Presse sich verhält, ferner aus welchen Gründen Sturzda fernblieb. Endlich war auch die etwas bessere, aber sehr bezeichnende Episode der Öffentlichkeit bekannt geworden, daß die rumänischen Journalisten ohne ein Wort der Entschuldigung das Festmahl der ungarischen Journalisten ver-schmäht hatten. In politischen Kreisen läßt der König die besten Einblicke zurück. Man ist überzeugt von seinem ehrlichen Willen, die besten Beziehungen zu Ungarn zu unterhalten, und würdigt voll und ganz die Schwierigkeiten, denen er bei diesem Bestreben begegnet. Diesen Schwierigkeiten schreibt man auch jene große Zurückhaltung zu, deren König Karol sich in seinem Trinkspruch heute Abend befleißigte, indem er sich auf den Ausdruck der persönlichen Verehrung für König Franz Josef beschränkte und sonst über die konventionelle Höflichkeit nicht hinausging, ja nicht einmal eine Erwiderung auf jene Worte Franz Josefs fand, worin dieser davon spricht, daß die zwischen beiden Völkern bestehenden vorzüglichen Beziehungen den Charakter dauernder und enger Freundschaft annehmen sollten. König Karol beschränkte sich darauf, von den „so glücklich bestehenden ausgezeichneten Beziehungen beider Staaten“ zu sprechen. Im Ganzen kann man, wenn man unbefangen und ehrlich sprechen will, nicht sagen, daß der Besuch des Königspaares die rumänisch-ungarischen Beziehungen erheblich gebessert habe. Trotz der hohen Vorräte des Königs bleiben diese Beziehungen kühl bis an den Herz hinan. König Karol verlieh einen hohen Orden dem Ministerialrath Dr. Szegedy, der im Ministerpräsidium die Nationalitäten-Abtheilung leitet und bei den rumänischen Ultras in Siebenbürgen sehr schlecht angesehen ist; es ist das eine klare und unabweisbare Kundgebung, daß der König es ablehnt, mit der ungarisch-rumänischen Freundschaft auch nur entfernteste Gemeinschaft zu pflegen.

Spanien und Portugal.

Madrid, 26. September. Die öffentliche Aufmerksamkeit wird ungeteilt einem „Manifest“ zugewandt, über das in geheimnißvoller Weise seit einigen Tagen in allen politischen Klubs gesprochen worden ist und das heute früh der „Imparc.“ bekannt macht. Wer die Urheber des Schriftstückes sind, ist vor der Hand noch nicht zu ermitteln, es spiegelt aber deutlich die Anschauungen Francisco Silvelas und seiner Anhänger. Aber auch wenn es nicht von Silvela wäre, so würde es in weitesten Kreisen Beachtung finden. Es heißt — und auch das erscheint völlig begreiflich —, daß es Männer verschiedener Parteien sind, die diesen Aufruf an das spanische Volk erlassen haben. Die Eingeschickung, mit der man von der jetzigen Regierung spricht, namentlich seitdem sie sich durch die Malloca-Angelegenheit eine neue große Schwierigkeit geschaffen hat, ist nicht weit von Berachtung entfernt und erfährt selbst die konservativen Kreise. Der erwähnte Aufruf an das Volk enthält eigentlich nichts Neues, nichts, was nicht schon hundert und tausend Mal von Männern der verschiedensten Parteien ausgesprochen und durch die Presse verbreitet worden ist. Jeder unbefangene urtheilende Spanier muß seinen Inhalt bekräftigen.

„Spanier! Traurig und schwierig, beklagenswerth und höchst gefährdend ist die Lage, in der sich das Vaterland befindet. Zwei Jahre der Verthümmer haben zu Grunde gerichtet, was ganze Generationen gesammelt und aufgespart haben. In zwei fern gelegenen Gegenden verbluten die tapferen spanischen Heere, damit schließlich aus Gründen, die wenigen unbekannt sind, die Hoffnung auf Heilung der Wunden der Verwundung vor schmerzvoller Amputation weiche.“

Es folgt nun das lange Sündenregister der konservativen Regierung dieser verflochtenen Jahre und die Aufzählung der Leiden, die daraus dem Volke und dem Lande erwachsen sind.

„Und wenn wir angesichts so vielen Unglücks und so großen Angehends bemerken, daß viele sogenannte Konservativen darauf beharren, die Regierung zu erhalten, die nur zum Schaden des Landes die Herrschaft führt, und daß der Führer der Liberalen vielmehr die Macht zurückweist, statt sie zu erstreben, wie kann da jemand, der sein Vaterland lieb hat, fortstehen, stumm und unthätig zu bleiben. . . . Wir sind vor Allem Spanier; wir hatten diese nur aus Sekundären ohne Oberhaupt zusammengelegte Regierung für unfähig, das Land unter den jetzigen schweren Verhältnissen zu regieren; wir wollen, daß diese schädlichen interimistischen Zustände aufhören, wir wollen eine starke Regierung, keine Fügung über Stuba, keine falschen Hoffnungen, keine so lächerlichen Täuschungen über die Finanzlage, wie sie durch Vorsehung eines großen Uebelschicksals der Verdrängung Stabas versucht werden; wir wollen nicht, daß der nordamerikanischen Annexion Ingeheißnisse gemacht werden; wir wollen nicht, daß Spanien selbst wieder der Schauplatz eines blutigen Bürgerkrieges durch das Vorgehen der Karlisten werde, welche sich vorbereiten, aus unseren Leiden Vorteile zu ziehen.“

In diesem Tone und Sinne ist der Aufruf gehalten, der mit der Aufforderung an alle Spanier endet, die Unterzeichner auf jede Weise, die dazu geeignet erscheinen wird, zu unterstützen zu dem Zweck, den jetzigen trostlosen Verhältnissen ein Ende zu machen.

England.

London, 28. September. Es ist schwer, ausfindig zu machen, ob die Kartoffel-Milgernte in West-Irland auf Wahrheit oder Dichtung beruht. Daß in einigen Dörfern Nothstand eintreten wird, ist außer Zweifel. Ob die Noth aber so verbreitet ist, daß man von einer Hungersnoth reden darf, ist eine andere Sache. Die irischen Nationalisten schlagen natürlich so viel Kapital aus der Sache, wie möglich. Seit Monaten haben sich diese geschwätzigen Herren still verhalten, weil absolut nichts da war, worüber sie hätten Beschwerte führen können. Die jetzige Gelegenheit dürfen sie sich natürlich nicht entgehen lassen. Andererseits muß man zugeben, daß die irischen Regierungsbearbeiter nicht ganz freizusprechen sind, daß sie die Sachen verunreinigen und so lange schweigen, wie es angeht. Da es schwer hält, sich zwischen diesen beiden widersprechenden Meinungen zurechtzufinden, so ist es am besten, sich einstweilen sein Urtheil zu reserviren. Zum Glück ist eine Thatsache nicht wegzulegen, nämlich, daß sich Irland heutigen Tages, abgesehen von der Gefahr einer theilweisen Kartoffelmilgernte, größerer Wohlfahrt erfreut als vor zehn Jahren.

Griechenland.

Athen, 29. September. Verschiedene Blätter betrachten eine Ministerkrise nach der Verlegung des Präliminar-Friedens-Vertrages als unvermeidlich und besprechen die Aussichten hinsichtlich der Nachfolger. Die „Hestia“ spricht zu Gunsten der Bildung eines Kabinetts, das außerhalb der politischen Parteien steht, das Blatt „Aly“ wünscht dagegen, daß die Mitglieder des neuen Kabinetts aus allen Parteien unter dem Vorherrsche des Admirals Canaris oder eines Andern genommen werden.

Asien.

Sima, 29. September. Die dritte Brigade, welche gegen die Mohmands entsandt war, zerstörte die Thürme und die besetzten Dörfer im Tiran-Thale. Ferner wurde englischerseits durch eingeborene Truppen und eine Gebirgsbatterie eine Anzahl Befestigungen genommen, nachdem dieselben mit Granaten beschossen worden waren.

Australien.

Sonolulu (Sandwichinseln), 4. September. (Voss. Ztg.) Drei interessante und wichtige Ergebnisse liegen meinem heutigen Bericht vor. Japans angebliche Annahme des hawaiischen Vorschlags, den zwischen beiden Ländern schwebenden Einwanderungsfreiheit schiedsrichterlicher Entscheidung zu unterbreiten, war, wie erst jetzt bekannt gemacht wird, derart verfaßt, daß sie einer Weigerung ähnlich sieht. Thatsächlich hatte Graf Okuma Schigenobu, der japanische Minister des Auswärtigen, sich bereit erklärt, nur die hawaiische Regierung nicht sonderlich

interessierenden Punkte dem Schiedsgericht zu überlassen, und gerade jene Fragen ausgeschlossen, die das hawaiische Kabinet für den Ausgangspunkt des ganzen Streites erklärt. Am 30. August hat der hawaiische Minister des Auswärtigen, Mr. Cooper, dem hiesigen General-konsul Japans seine Antwort auf die Note des Tokioer Auswärtigen Amtes gegeben und veröffentlicht. In ihr bekennt der Minister, daß Graf Okuma seinerseits nicht klar und deutlich die Grenzen der schiedsgerichtlich zu entscheidenden Fragen gekennzeichnet habe. Möchte Herr Cooper die japanischen Ausführungen dahin verstehen, daß die japanische Regierung die Frage, ob die zurückgewiesenen japanischen Einwanderer die geforderten erforderlichen Summen von 50 Dollars bona fide in ihrem Besitz gehabt, und die Frage, ob der Vertrag von 1871 auf andere japanische Unterthanen als „Kaufleute“ Anwendung finde, vom Schiedsgericht ausgeschlossen wissen wolle, so könne die hawaiische Regierung sich betreffs der Unannehmlichkeit des japanischen Vorschlags erst dann erklären, sobald das japanische Auswärtige Amt genau die Punkte festgestellt habe, die der Entscheidung des Schiedsrichters unterbreitet werden sollen. Obwohl der hier anerkennende japanische Kreuzer „Naniwa“ bereits zur Mitternacht nach Yokohama behufs Ausbesserung in dortigen Dock befohlen worden, so wird angesichts dieser Antwort der hawaiischen Regierung die Absicht des Kriegsschieds vorläufig verzögert werden, und dürften voraussichtlich noch weitere amerikanische Dampfer hier eintreffen. Eine weitere wichtige Entscheidung ist von der Regierung jedoch in der heftigen Arbeitsfrage erfolgt. Wie ich in meinem letzten Bericht mittheilte, hatte die hawaiische Regierung in Washington anfragen lassen, ob der reichlich in Erwägung gezogene Vorschlag, die Kulturarbeit der Zuderplantagen durch Neger aus den Südstaaten der amerikanischen Union allgemein zu erlegen, von den Senatoren des Südens gebilligt werden dürfte. Soeben traf die Antwort ein, daß die Senatoren einschließlich des Herrn Morgan, der als Vorsitzender des hawaiischen Untersuchungsausschusses übrigens aus dem Wege nach Honolulu ist, diesen Plan durchaus verwerfen. Die hiesige Regierung hat daher in ihren Organen sofort über den Plan das Verdamnungsurtheil ausgesprochen lassen. Somit werden keine Farbigen aus den Südstaaten auf die hawaiischen Plantagen gebracht werden. Im Grunde genommen ziehen die Zuderplanter die Neger allen anderen Arbeitern vor, doch bilden jene bekanntlich das Haupthindernis auf dem Wege der Ausbeutung, und ohne Ausbeutung droht den Plantagen früher oder später ein amerikanischer Anschlußschuß für ihre Zuderanbau. Was bleibt da schließlich übrig als Beschäftigung von Arbeitern weißer Rasse, wie bereits schon mit der Herbringung eines Trupps deutscher Einwanderer neulich der Anfang gemacht worden ist. Ich habe Ihnen umfänglich über den Verlauf der Pacific Mail-Dampfschiffsgesellschaft zur Erlangung des hawaiischen Flaggenscheins für ihren, vorgebildet dem Ostir MacFarlane verkauften Dampfer „China“ geschrieben. Der Minister des Auswärtigen hatte auf Wunsch der Washingtoner Regierung, daß, so lange die Anzessionsfrage schwebt, keine im Auslande gebauten Schiffe mehr zum Register zugelassen würden, jenes Verlangen abgewiesen. Die Dampfschiffsgesellschaft hatte die Frage beim hiesigen Kreisgericht als Frage anhängig gemacht, und letzteres fällt heute die Entscheidung, daß Minister Cooper das Dampfschiff „China“ unter den gegenwärtigen Umständen nicht vom Flaggensregister ausschließen könne. Obwohl Ostir MacFarlane sein britisches Unterthanenrecht nach britischem Gesetz nicht verloren habe, so sei er nach hawaiischem als ständiger Bewohner und Anfänger hier zur Erlangung der hawaiischen Flagge für ein Fahrzeug berechtigt, das durch einen augenscheinlichen Verkaufsvertrag jetzt unter ihrem Namen eingeschrieben stünde, selbst wenn diese Ueberschreibung nur zu dem benutzten Sonderzweck erfolgt sei. Minister Cooper hat beim Obergericht sofort Berufung eingelegt. Der Ausgang dieses Falls ist für die Angliederungsfrage von größter Wichtigkeit, da die Zulassung von den im Auslande gebauten Schiffen zum hawaiischen, d. h. also durch Vollzug der Annexion auch zum amerikanischen Register, in unmittelbarem Widerspruch mit den Schiffsfahrtsgeetzen der Vereinigten Staaten steht.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 30. September. Auf den von der Deutschen Kolonial-Gesellschaft, Abtheilung Stettin, am 1. Oktober, Abends 8 Uhr, im Konzerthaus veranstalteten Herrensabend, an welchem auch Produkte der Kolonien sowie ethnographische Gegenstände ausgestellt sein werden, machen wir hierdurch noch besonders aufmerksam. Der Eintritt ist frei und Gäste jederzeit willkommen.

— Der „Stettiner Zither-Verein“ giebt am Sonnabend, den 2. Oktober, im Evangelischen Vereinssaale ein Konzert zum Besten des Fonds zur Weihnachtsgesamtheit armer Kinder. Das an und für sich vorzügliche Programm bietet reichlich Abwechslung, zudem es noch gelang, die hier bekannten Damen, die Opernjägerin Frä. Elisabeth Wedell, die Violon-Birtosin Frä. Frieda Franke, sowie auch den Herrn Genjow, welcher Meister auf dem Violon ist, zu gewinnen. Wie machen unsere Leser auf diesen so selten gebotenen Genuß eines Zitherkonzerts aufmerksam, welches schon in Anbetracht des guten Zwecks volle Unterstützung verdient.

— Wir weisen nochmals auf die morgen Freitag im Stadttheater stattfindende Aufführung von „Fra Diavolo“ hin, welche Herrn Patek als Abhändler des Benefiz bewilligt ist. Am Sonnabend gehen als zweite volkstümliche Vorstellung Schiller's „Münch“ in Szene und für Sonntag ist die Oper „Carmen“ mit Frä. Duce in der Titelrolle, Herrn Hübler als „Don José“ und Herrn Corda als Escamillo in Vorbereitung.

— Der vom Kultusministerium angeordnete naturwissenschaftliche Ferienkursus ist gestern in Berlin von Reichhansnaldirektor Dr. Vogel mit einem Vortrag über die Bedeutung der wissenschaftlichen Erkenntnis bei dem physikalischen Unterricht eröffnet worden. Zu dem Kursus sind 43 Oberlehrer eingeladen worden, davon 4 aus der Provinz Pommern. Außer den Vorlesungen sind Besichtigungen vor-

